

## ■ Die russisch-türkische Rivalität

# Multipolarität in Aktion

Von Reinhard Lauterbach

Russland hat seinen Krieg um die Ukraine schon sehr früh als einen Krieg definiert, der auch um eine neue Weltordnung geführt werde: nämlich eine multipolare, in der die Stimmen aller Akteure zu Wort kommen sollten und nicht nur die der »goldenen Milliarde« im »kollektiven Westen«. Jede Rede zur internationalen Lage von Wladimir Putin wiederholt diese Argumentation. Russland hatte gut reden, solange es stillschweigend unterstellte, dass seine eigene Stimme zu denen zählen würde, auf die zu hören sein würde.

Was jetzt nach dem Sturz von Baschar Al-Assad aus Moskau kam, war aber eher verlegenes Gestammel. Denn Russland ist faktisch von dem mit türkischer Unterstützung vorgetragenen Angriff diverser Rebellengruppen auf Damaskus kalt erwischt worden. Ob seine Nachrichtendienste nichts ahnten, wird vielleicht irgendwann herauskommen. Dass sein Militär sich nur noch halbherzig engagierte, mag auch an objektiven Beschränkungen gelegen haben. Aber vor allem hat der von Russland als »strategischer Partner« hofierte Recep Tayyip Erdoğan gezeigt, was Multipolarität eben auch heißt: dass jeder, der die Gelegenheit dazu sieht, Fakten schafft, soweit seine Kräfte reichen.

Dass Erdoğan die kurdischen Enklaven im Norden Syriens stört, ist keine Überraschung. Aber die standen und stehen unter dem Schutz der USA, mit denen sich direkt anzulegen der türkische

Präsident dann doch nicht wagt. Dass er aber die Tatsache, dass Russland mit der Kriegführung in der Ukraine militärisch und logistisch ausgelastet ist, ausnutzte, um gleich den Regime-Change in Damaskus anzustoßen, passt schon ins Bild einer weiter gefassten Rivalität mit Russland im Vorderen Orient und Zentralasien.

Diese Rivalität kommt nicht erst jetzt zum Vorschein. Sie hat Russland schon gezwungen, im Karabach-Krieg seinen langjährigen Alliierten Armenien fallenzulassen, weil ihm die Beziehungen zu dem von der Türkei gestützten Aserbaidschan wichtiger sein mussten. Moskau schaut mehr oder minder tatenlos zu, wie Erdoğan seinen Einfluss in den zentralasiatischen Exsowjetrepubliken ausbaut. Politisch mit Initiativen wie der »Konferenz der Turkstaaten«, mit denen sich die Türkei auf etwas beruft, was die heutige Türkei bei weitem nicht mehr ist: ein Land der Reiternomaden aus den zentralasiatischen Steppen – historische Kostümierung wie von Marx im »18. Brumaire« karikiert. Aber mit praktischen Konsequenzen: So ist in Kasachstan und Usbekistan geplant, die Landessprachen in den nächsten Jahren auf das lateinische Alphabet in türkischer Rechtschreibung umzustellen und mit der kyrillischen Schrift auch Russlands kulturellen Einfluss zurückzudrängen. Was hilft es, dass sowjetische Linguisten den zentralasiatischen Sprachen überhaupt erst die Schriftlichkeit gebracht haben? Multipolarität ist kein Idyll: sie hebt Konkurrenz nicht auf.

## ■ Allestuer des Tages

# Friedrich Merz



Und das WLAN »perfekt«. Die Gastgeber sind enthusiastisch. Wladimir »Fass ohne Boden« Selenskiy trägt seinen Wunschzettel vor: Raketen, Raketen, Raketen und vor allem den »Taurus«. Beim Spendenthema ist Merz seit »Herz für Kinder« aber vorsichtig: Selenskiy »kennt unsere Position zum »Taurus«. Daran hat sich nichts geändert«. Großzügig ist der Lange gegenüber dem Kleinwuchs bei allem, was nichts kostet: Abwarten, was Trump bringt, aber dennoch planen – Deutschland, Frankreich, Großbritannien zusammen. Selenskiy will noch Dänemark dabeihaben. Das feierte soeben fünf Jahre Schweinepestzaun an der dänisch-deutschen Grenze, die haben langen Atem. Merz bekundet »großes Interesse«.

Auf X meldet er um 12.10 Uhr: »Wir werden alles tun, um die Ukraine mit dem zu unterstützen, was sie für ihr Recht auf Selbstverteidigung braucht.« Fragt X-Nutzer »pulp0404«, was da auf dem Selenskiy-Merz-Foto aus des Allestuers Ärmel blitzt: »Ist das eine Rolex »Yachtmaster Platin«? Preis um die 15.000 Euro. Und jemand ätzt, ob »alles tun« bedeute, »also auch in den Krieg ziehen«? Klar, mit Rolex für alles. Arnold Schölzel

Am Donnerstag Söders Pesthauch im Nacken: Habeck raus. Am Sonnabend Bild-Spendengala »Ein Herz für Kinder« vergeißt, obwohl doppelt so viel bezieht wie Söder und Lindner (jeweils 2.000 Euro) – »knickrige Reiche«, hämt das Internet. Am Sonntag Grünen-Anschleimen: Sagt deren Kovorsitzender Felix Banaszak doch der Mediengruppe Bayern, persönlichen Austausch mit CDU-Chef Friedrich Merz habe es noch nicht gegeben, sei aber »schon terminiert«. Da musste Carsten Linnemann, CDU-Generalsekretär, von der Leine: »Ein Treffen ist nicht geplant.« Kandidieren ohne Ranwanzer war einfacher.

Am Montag aber Erholung wie im Sauerland. Friedrich klettert in Kiew aus einem Zug: »Auf die Minute pünktlich, die ukrainische Bahn.«

# »Unser Protest zeigt, dass wir etwas ändern können«

Leipzig: Verweis wegen antimilitaristischer Aktion auf dem Schulhof. Ein Gespräch mit Iven K.

**S**ie haben von Ihrer Schule einen Verweis wegen eines antimilitaristischen Protests an Ihrer Schule, der Humboldt-Schule in Leipzig, bekommen. Was genau ist passiert?

Am 28. Oktober hatten wir auf unserem Schulhof ein »Die-in« gegen einen Bundeswehr-Besuch an unserer Schule veranstaltet. Während sich Schüler tot stellten, hielt ich eine Rede, in der ich vorrechnete: Wenn man Bundeswehr-Zahlen auf unsere Schule übertragen würde, wären vier Schüler im Einsatz gestorben und einer hätte Selbstmord begangen. Ich habe auch dagegen gesprochen, dass die Bundeswehr an Schulen kommt. Auf einem Video, das die Schüler über Instagram verbreitet haben, ist zu sehen, wie die Schulleiterin Ihnen das Megaphon wegnimmt.

Sie sagte als Begründung so etwas wie, dass eine politische Demonstration an der Schule nicht okay sei. Angemeldet hatten wir den Protest nicht.

**Warum haben Sie die Aktion gemacht?**

Mit unserer Kampagne »Kein Werben fürs Sterben« wollten wir uns dagegen wehren, dass die Bundeswehr an unserer Schule spricht. Es heißt, die kommen, um uns über Auslandseinsätze zu informieren. Bei dem Vortrag, der zwei Tage nach unserer Aktion stattfand, erzählten sie aber vor allem, wie toll doch eine Karriere bei der Bundeswehr sei, dass man da mit den Kollegen entspannt am Lagerfeuer sitzen kann und solche Sachen. Fragen zu den imperialistischen Auslandseinsätzen der Bundeswehr konnten sie nicht wirklich beantworten.

**Was ist nach der Schulhofaktion passiert?**

Direkt nach der Aktion hatten ein Genosse und ich ein Einzelgespräch mit der Schulleiterin, die uns sagte, es sei sinnlos, was wir machen, und dass »Ordnungsmaßnahmen« erlassen werden, falls so etwas wieder passiert. Danach hatte ich eine »Anhörung zur Androhung eines Schulverweises« mit der Schulleitung. Sie haben mir allerlei Dinge vorgeworfen. Die Schulleiterin hat mir dabei gar nicht zugehört. Es gab auch eine Anhörung mit meinen Eltern und eine Konferenz von Schulleitung und Lehrern. Es hieß, es sei ein von außen organisierter Protest gewesen und ich hätte den »Schulfrieden gestört«.

Iven K. ist Schüler an der Humboldt-Schule in Leipzig

Wir haben das Ganze öffentlich gemacht. Es gab dann Einzelgespräche mit zwei von meinen Mitschülern. Einer von beiden wurden ebenfalls Ordnungsmaßnahmen angedroht, bei der anderen Person gab es eine Elternanhörung, bei der die Schulleitung die Anschuldigungen sehr aggressiv vorgetragen hat. Die Kernaussage der Schulleitung ist, dass linke Gedanken von uns an der Schule verbreitet werden. Dabei haben wir offene Neonazis an der Schule.

**Und gegen diese Neonazis unternimmt die Schulleitung nichts?**

Es gab mal ein Einzelgespräch, aber sonst weiß ich von keinen weiteren Maßnahmen. Und das, obwohl die Spinde von linken Schülern mit

Nazistickern beklebt wurden. Parolen wie »Antifaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« und ähnliches. Lehrer haben Schüler mit diesen Stickern in der Hand gesehen. Trotzdem hat die Schulleitung gesagt, dass man da leider nichts machen könne.

**Was hat die Schulleitung dazu gebracht, den angedrohten Schulverweis zurückzunehmen?**

Ich denke, dass der mediale Druck, zum Beispiel die Petition, die es gegen den Verweis gab, wichtig war. Die Schulleitung hat zwar angedroht, dass sie gern noch höhere Ordnungsmaßnahmen als den schriftlichen Verweis, den nur ich bekommen habe, erteilt hätte. Aber sie hatte einfach keine rechtliche Grundlage dafür.

**Was denken die Mitschüler über die Aktion und die Repressionen?**

Die meisten waren dagegen, dass die Bundeswehr an die Schule kommt, und fanden die Aktion gerechtfertigt. Die Reaktion der Schulleitung halten sie für übertrieben. Viele sehen aktuell die Probleme, aber sie denken, dass sie nichts daran ändern können. Ich denke, unser Protest hat gezeigt, dass wir etwas verändern können. Man muss die Schüler zusammenbringen und mit ihnen aktiv werden.

Interview: Yaro Allisat

**iw Serie** Jetzt online!  
**Antifa in Bewegung**  
Wie kann ein moderner Antifaschismus aussehen?  
[jungwelt.de/Antifa-in-Bewegung](http://jungwelt.de/Antifa-in-Bewegung)

## ■ Abgeschrieben

**■ Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2024 plädiert der Flüchtlingsrat Berlin in einer Pressemitteilung für den Erhalt von Berlins Aufnahmeregel für Verwandte von afghanischen, syrischen und irakischen Berlinern:**

Ende des Jahres 2024 ist die Wahrung der Menschenrechte in Frage gestellt – auch in Berlin. Verbale Angriffe auf die Rechte Geflüchteter stellen inzwischen gängige politische Praxis dar. (...) Vor diesem Hintergrund fordert der Flüchtlingsrat Berlin, zu einer menschenrechtsbasierten Politik zurückzukehren. Dazu gehört die dringende notwendige Verlängerung der Aufnahmeregel für Verwandte von syrischen, afghanischen und irakischen Berliner\*innen, die für ihre Familienmitglieder bürgen.

Seit etwas über einer Woche ist bekannt, dass die Bundesregierung das groß angekündigte Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan vorzeitig beendet. Statt der geplanten bis zu 36.000 besonders schutzbedürftigen Afghan\*innen ist mit der Ankündigung der Regierung insgesamt nur mit wenigen Tausend Einreisen bis zur Beendigung zu rechnen. (...)

In Syrien und den syrischen Exilcommunities herrscht zwar große Euphorie bezüglich der Entmachtung der Assad-Familie, die Lage vor Ort bleibt aber völlig ungewiss. Wieder musste eine Vielzahl Menschen innerhalb des Landes fliehen, die Infrastruktur ist stark beschädigt, die Türkei und Israel sind bereits Angriffe geflogen und es gibt keine funktionierende Verwaltung. Unter diesen Umständen verurteilt der Flüchtlingsrat Berlin jegliche Forderungen nach Abschiebungen oder Aufnahmestopps in Bezug auf die beiden Länder.

Umso erschreckender ist es, dass die Senatsverwaltung für Finanzen die Aufnahmeregel für Menschen aus Afghanistan, Syrien und dem Irak, deren Verwandte in Berlin für sie bürgen können, noch immer nicht freigegeben hat – und das, obwohl die Senatsverwaltungen für Inneres und für Soziales bereits zugestimmt haben. »Insbesondere angesichts der unverantwortlichen Beendigung des Bundesaufnahmeprogramms und der radikal veränderten Situation in Syrien, wo innerhalb weniger Tage große Gebiete von zum Teil schwer einzuschätzenden islamistischen

Milizen eingenommen wurden, ist diese von den Familien finanzierte Möglichkeit der legalen Einreise dringend weiter notwendig«, so Emily Barnickel vom Flüchtlingsrat Berlin.

Vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen und einem zunehmend von rechten Tendenzen getriebenen gesellschaftlichen und medialen Narrativ, der die Rechte Geflüchteter immer mehr in Frage stellt, betont der Flüchtlingsrat Berlin am Tag der Menschenrechte die Universalität dieser Rechte, unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. »Angefangen bei der Einführung des sogenannten Sicherheitspakets, das anstatt Sicherheit zu schaffen, Geflüchtete gesellschaftlich marginalisiert, über die Abschiebungen nach Afghanistan, welche die Werte unserer Gesellschaft offen zur Diskussion stellt, bis hin zu kriminalisierenden Äußerungen über Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen und signifikanten Kürzungen von Beratungsstellen, tragen die Entwicklungen der letzten Monate zu einer zunehmenden Abschaffung der universellen Menschenrechte von Geflüchteten bei«, so Mariella Lampe vom Flüchtlingsrat Berlin.